Nr. 340 XXVI. Jahrgang

Sonnabend, 14. Dezember 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Ziffern- oder Auskunftanzeigen 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresanzeigen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Beilagen 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreis:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illust. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. Kr. 2.52, vierteljährl. Kr. 6.84
„ B mit „Illust. Neueste" „ „ 2.49, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Krzbd. wöchentl. M 1.10. Einz.-Nummer 10 Pf.

Verlängerung des Waffenstillstandes

Wilson in Paris

Wenn am Morgen des 14. Dezember der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika seinen Einzug in die französische Hauptstadt hält, dann wird die Weltgeschichte den Atem anhalten, denn sein Einzug bedeutet die Entscheidungsstunde für das Los der Menschheit und ihrer Kultur. Den versammelten Vertretern triumphierender Sieger, den Vertretern aller brutalen Machtmittel der Erde tritt ein Mann entgegen, ein Einzelner, den allein das Bewußtsein seiner guten Sache stark macht, wir wollen hoffen, stärker als die Machtmittel der Gewalt. Man mag es nicht unterschätzen: die Macht der Idee ist schon oft die stärkere gewesen, sie wird es sicherlich auch heute sein; denn unsichtbar hinter ihrem Vertreter stehen die Wünsche von Millionen Menschen, die mit Wilson längst erkannt haben, daß die Welt nur dann vor neuen Kriegen, neuen Katastrophen bewahrt werden kann, wenn das Recht für alle triumphiert, an Stelle des Rechts für die wenigen. Auf der Pariser Einzugsstraße werden Wilson die französischen Sozialisten eine Huldigung darbringen, die ihm zugleich, für alle Oeffentlichkeit sichtbar, ihre unbedingte Hilfe anzeigen soll. Aber auch die sozialistischen Parteien der andern Ententeländer, breite Teile der liberalen Parteien und Ungezählte aus den Kreisen des internationalen Intellekts stehen hinter ihm, dazu als geschlossene Masse das amerikanische Volk. Daß die amerikanischen Demokraten über den Weltkrieg wieder zu den Idealen ihrer früheren Epochen zurückgefunden haben, ist ja nicht weiter verwunderlich. Bezeichnender schon ist die restlose Zustimmung, die Wilson für seine Pariser Aufgabe von seiten seiner republikanischen Gegner, und vor allem Roosevelts und Tafts, gefunden hat. In Amerika hat die Idee bereits restlos gesiegt.

Damit ist Wilson tatsächlich in der Lage, das ganze Schwergewicht seiner Nation in die Wagschale zu werfen. Leicht wird seine Aufgabe in Paris in keinem Falle sein. Wie er es bisher im ganzen Verlauf des Weltkrieges vermieden hat, Amerika als Alliierten unter den Alliierten ansehen zu lassen, so steht der Block der europäischen Alliierten heute nun seinerseits, soweit die Machthaber in Betracht kommen, geschlossen gegen ihn. Gegen Wilson als Vertreter der Weltdemokratie rüsten sich die Vertreter des neu erwachten Ueberimperialismus zum Kampf. Frankreich, genauer gesagt, Clemenceau, wünscht die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent, die Zerstückelung der deutschen Reichseinheit; England verlangt nach der internationalen Festlegung seiner Diktatur über das Weltmeer. Das alles aber kann nicht nur nicht im Interesse der Wilsonschen Ideen vom ewigen Frieden und Völkerbund, sondern auch nicht im rein amerikanischen Interesse sein, weil es zugleich die Unterwerfung der Welt unter die französisch-englische Herrschaft bedeuten müßte. Wilson hat sich, schon vom Dampfer aus, über diesen Punkt sehr klar ausgesprochen. Alle Völker müßten Opfer bringen, erklärt er, um zu einem alle Völker befriedigenden Zustande zu gelangen. Und vor allem: sollte England auf die Vorherrschaft auf dem Meere nicht verzichten wollen, so werde Amerika eine Flotte bauen, die der englischen an Macht überlegen sei. Und etwa zur gleichen Stunde erklärt Amerikas Botschafter in Paris: Wilson halte unerschütterlich an den Prinzipien einer demokratischen Organisation der Welt fest, der Friede müsse gerecht werden und allgemeine Entwaffnung bringen. Das heißt also klipp und klar: Abrüstung in Europa, vor allem für die französischen Diktatoren, Abrüstung zur See für die englischen.

Wir Deutschen können uns nichts Besseres wünschen, als daß Wilson restlos Sieger bleibt. Mit einem Kompromiß wird er sich kaum zufrieden geben können, denn er wiese damit selbst Amerika in die Reihe jener Mächte zurück, über die man zur Tagesordnung übergeht. Es ist leider unmöglich, klar zu erkennen, wie sich Wilson heute, jenseits seiner Rolle als Weltrichter, zu dem deutschen Volk in seinem neuen politischen Kleide stellt. Französische Blättermeldungen wollen von Erklärungen des Präsidenten wissen, nach denen er eine Einladung der deutschen Volksregierung zum Besuche Deutschlands deswegen abgewiesen habe, weil das deutsche Volk erst lange Jahre Reue zeigen und sein Unrecht wieder gutzumachen bestrebt sein müsse, ehe wieder an gute Beziehungen zu denken sei. Das kann aber, wenigstens in dieser Form, unter keinen Umständen stimmen und muß bloße Zweckmusik sein, denn der Präsident hat im Laufe der Kriegsjahre und vorher zu immer neuen Malen erklärt, dem deutschen Volke als solchem nicht feind zu sein. War er es aber gestern nicht, dann kann er es unmöglich heute sein, nachdem das deutsche Volk die große Abrechnung gehalten hat. Es hat damit gutgemacht, wenn für das Volk als solches überhaupt etwas gutzumachen war.

•

Wilson und wir

In den Zeiten der Kriegsleidenschaft, in einer Zeit, da man geflissentlich von den Reden Wilsons auf den Umwegen zu uns im feindlichen Auslande alles unterdrückte, was einer Verständigung zwischen Amerika und Deutschland hätte nützen können, sahen wir in Deutschland Wilson anders als heute, mußten ihn anders sehen. Man wehrte sich dagegen, daß ungezählte Millionen Granaten zur Niederstreckung deutscher Soldaten über das Weltmeer kamen. Und die Gewalt, die in Deutschland selbst die Sache so darstellte, als ob es kein Mittel zur Verständigung mit den Vereinigten Staaten gäbe, verschwieg bis vor wenigen Wochen der Presse und dem Volke, wie Verhandlungen geführt und wie sie abgebrochen wurden. Als wir uns lange gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg gewehrt hatten, als dann Herr v. Bethmann Hollweg sich von den absoluten Kriegsherren kleinkriegen ließ, da mußte man ihm, der sich selbst gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg eingesetzt und gegen den Ueberimperialismus gekämpft hatte, glauben, es handle sich um das letzte, äußerste Mittel zur Rettung des deutschen Volkes. Noch wenige Wochen vor dem Zusammenbruch hatte man später der Presse überzeugende Dokumente hierfür vorgelegt und sie getäuscht. Wie das geschah, darüber wird noch manches zu reden sein. Auf die gleiche Art kam jenes Bild Wilsons zustande, wie wir es sehen mußten. Alles spricht dafür, daß auch, was man uns über Wilson berichtete, zum Zwecke des Systems gefälscht war.

Nun werden wir leider auch von der Pariser Konferenz und von der Beteiligung Wilsons dort kaum mehr erfahren, als die imperialistischen Machthaber durchlassen, die unsre Grenzgebiete besetzt halten. Aber wir hoffen dennoch, daß das Bild, welches wir uns nach dem Bekanntwerden der unverkürzten und nichtzensurierten Reden Wilsons von dem Präsidenten nun gemacht haben, in Paris bestätigt werden wird.

Lloyd Georges „Gerechtigkeit"

Von Lloyd George werden durch Reuter Reden übermittelt, die keinen Zweifel darüber lassen, daß Englands Machthaber die wirtschaftliche Ausschaltung Deutschlands aus der Reihe der Großmächte beabsichtigten. Vermag Wilson nicht, eine weniger „strenge" Auffassung von „Gerechtigkeit" durchzusetzen, so werden die Friedensbedingungen noch zermalmender sein als die Waffenstillstandsbedingungen.

In einer Versammlung in Rhyl sagte Lloyd George, daß das Militärdienstgesetz aufgehoben werden wird, sobald die Notwendigkeit dazu aufgehört hat. Es bestehe nicht die Absicht, es zu erneuern. „Wenn wir einen dauernden Frieden wollen, so müssen wir den Dienstpflichtarmeen auf dem europäischen Festlande ein Ende machen. Deutschland, Oesterreich, Rußland, die Türkei und Bulgarien hatten Armeen von zusammen zwölf Millionen Mann. Es ist nicht denkbar, daß wir diesen Ländern erlauben werden, wiederum gegen ihre Nachbarn Armeen von zwölf Millionen aufzustellen. Die Friedenskonferenz wäre dann eine Farce." Ueber die Marine sagte Lloyd George, sie sei keine offensive, sondern eine defensive Waffe. Deshalb beabsichtige England nicht, sie aufzuheben. Sie habe die britischen Inseln jahrhundertelang vor der Invasion bewahrt. England beabsichtige nicht, seine Zukunft aufs Spiel zu setzen.

In einer andern Rede sagte Lloyd George: „Es darf keine Rache geben, Gerechtigkeit ist nicht Rache. An denjenigen, die verantwortlich dafür sind, daß die Welt in dieses Elend geführt wurde, muß strenge Gerechtigkeit geübt werden. Die den Krieg begonnen und unterstützt haben, müssen bis zum letzten Pfennig zahlen. Wir werden zu diesem Zwecke ihre Taschen untersuchen. Deutschland soll bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen." Lloyd George sagte, er gebrauche diese Worte, um keine falsche Meinung zu erwecken. Vor dem Kriege wurde der Reichtum Deutschlands auf 15- bis 20 000 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Die Kriegs-Rechnung betrage aber 24 000 Millionen Pfund Sterling, so daß der ganze Reichtum Deutschlands dafür nicht ausreichen würde. Er wünsche, nur zwei Bedingungen zu machen: erstens, daß nicht für unbestimmte Zeit eine große Besatzungsarmee in Deutschland gehalten werden solle, und zweitens, daß die Zinsen des Geldes nicht dadurch abgetragen werden sollen, daß England mit billigen Waren überschwemmt werde.

Ueber den Kaiser sagte Lloyd George, es stehe zweifellos fest, daß er ein Verbrechen gegen die nationalen Rechte begangen habe und dafür zur Rechenschaft gezogen werden müsse. Amerika werde ohne Zweifel derselben Ansicht sein. Der Kronprinz soll einer der Mitschuldigen und nach dem vorliegenden Beweismaterial vielleicht ein Hauptanstifter sein. Ueber die Deutschen in England sagte Lloyd George: „Sie werden nicht lange in diesem Lande sein. Ich kann euch versichern, daß man sie hinausfeuern wird und daß sie nicht wieder hineinkommen."

•

Eine kritische Stimme

× **Rotterdam**, 12. Dezember. Nach dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant" fragt der frühere Pariser Korrespondent der „Daily News", Robert Dell, in einem Briefe, ob Lloyd George sich eigentlich seine erstaunlichen Aeußerungen überlegt habe. Er hat erstens gesagt, daß die Dienstpflicht ganz von den Friedensbedingungen abhänge, was besagen will, daß England die seinige beibehalten will, wenn die andern Länder nicht zustimmen, sie aufzugeben. Zweitens, daß er von allen Ländern fordern würde, ihre Dienstpflicht aufzugeben, daß aber England selbst nicht die Absicht habe, seine Flotte aufzugeben. Wir werden, schreibt der Korrespondent, vielleicht imstande sein, unsre früheren Feinde dazu zu zwingen, die Dienstpflicht fallen zu lassen; könne aber jemand mit gesundem Verstand annehmen, daß unsre Verbündeten zustimmen werden, ihre Armeen aufzugeben, während wir unsre Flotte behalten? Dieser naive Vorschlag bedeutet einfach, daß jedes Land mit Ausnahme von Großbritannien abrüsten solle. Der Vorschlag würde uns zum Herrn der Welt machen, wenn die Vereinigten Staaten es nicht für gut halten, uns unsre Oberherrschaft streitig zu machen, was sie wahrscheinlich tun würden. In diesem Falle würden wir einem ruinösen Wettbewerb im Schiffbau die Stirn bieten müssen, und es würden die Rüstungskosten schwerer werden als je.

Der Waffenstillstand verlängert

* **Berlin**, 13. Dezember. Der Waffenstillstand ist, wie die „Freiheit" zu melden weiß, um einen Monat verlängert. Man muß jedoch, wie dem genannten Blatte von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, damit rechnen, daß auch die neutrale Zone von den Truppen der Entente besetzt wird, da diese auf dem Standpunkt steht, daß gewisse Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens nicht ausgeführt worden.

Der „Matin" schreibt, die Alliierten würden Aenderungen an der Zusammensetzung der deutschen Waffenstillstandskommission durch die jetzige deutsche Regierung nicht zulassen, da sie dieser das Recht zu jeder Art von Verhandlungen mit den Alliierten nicht zuerkennen könnten. Die Frage der Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages dürfe nur in den Händen der deutschen Obersten Heeresleitung liegen.

Im besetzten Gebiet

Aus dem besetzten Gebiete wird gemeldet, daß die Truppenansammlungen der Alliierten an den Rhein-Uebergängen andauern. Die Besatzungsarmee in Straßburg ist auf 40 000, die in der Pfalz auf 100 000 Mann erhöht worden. Die Arbeit der französischen Zensur in der Pfalz macht sich immer mehr bemerkbar. Verschiedene pfälzische Zeitungen weisen große Lücken in ihren Spalten auf.

In Trier hat die amerikanische Besatzung. Sie ziemlich milde auftritt, kein Grußgebot, keine Verhinderung des Verkehrs außer nach Elsaß-Lothringen und den linksrheinischen Städten Oberwesel, Bacharach und Boppard erlassen. Ueberall sind Amerikaner einquartiert, im ganzen vorläufig etwa 50 000 Mann.

Auf welche Dauer man die Besetzung des deutschen Gebietes schätzt, geht aus einer Rede Bonar Laws hervor, der erklärte, man habe die Wahlen nicht bis zur Rückkehr der Soldaten aufschieben können. Die Soldaten würden frühestens am Ende des nächsten Sessionsjahres, also ungefähr August 1919, zurückkehren.

•

Die Lebensmittelversorgung

m. **Köln**, 13. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer hier eingegangenen Mitteilung des Kardinalstaatssekretärs Gasparri hat der Papst auf die Bitte des Kölner Kardinals v. Hartmann, sich um die Versorgung der Rheinlande mit Lebensmitteln zu bemühen, durch Kardinal Gibbons, Erzbischof von Baltimore, beim Präsidenten Wilson Schritte tun lassen. Wilson hat, wie die „Kölnische Volkszeitung" meldet, Kardinal Gibbons daraufhin gebeten, dem Heiligen Stuhle zu versichern, daß die unter den gegenwärtigen Verhältnissen äußerst schwierige Ernährung Deutschlands in möglichst ernstliche Erwägung gezogen werden würde.

Die Franzosen im Elsaß

Präsident Poincaré traf am Mittwoch nachmittag in Begleitung des Ministerpräsidenten Clemenceau in Mülhausen ein und nahm eine Parade über die Truppen ab. Nach einer Havas-Meldung traf Poincaré am Donnerstag in Colmar ein, wo er von General Castelnau und den Stadtbehörden empfangen wurde und später auf dem Marsfelde eine Parade über die Truppen abnahm.

Die „Frankf. Ztg." meldet aus Colmar vom 10. Dezember: Eine Verordnung des Generals Hirschauer bestimmt, daß alle Elsässer, die während des Krieges im deutschen Heere gedient haben, bis zum 5. Dezember im Besitze einer besonderen blauen Legitimationskarte sein müssen, die sie neben dem Besitze eines weißen Verkehrsscheines zum Aufenthalte in ihrem Wohnorte berechtigt. Diese Vergünstigung kann nach der Verordnung aber nur den echten Elsässern gewährt werden. Alle wehrpflichtigen Eingewanderten, auch die naturalisierten, sowie deren Söhne werden nach der Sammelstelle Dornach-Mülhausen und von da nach Konzentrationslagern in Frankreich gebracht, wo sie bei den Aufräumungsarbeiten verwandt werden sollen. Weiter haben die Franzosen schärfste Zensur für die Zeitungen und Briefschaften eingeführt, ebenso die Sperre von einer Ortschaft zur andern. Die Verpflegungsverhältnisse haben sich gebessert. An deutsche Geschäftsleute wird Ware zur Verteilung nicht abgegeben. Den Eisenbahnangestellten sind Sonderzulagen bewilligt worden. Dagegen wurde einer Abordnung von ihnen erklärt, daß ihre bisherigen Löhne zu hoch seien und daß demnächst eine wesentliche Herabsetzung erfolgen werde. In den Schulen wird mit Hochdruck an der Französierung gearbeitet. Der Geschichtsunterricht sowie das Singen deutscher Lieder sind untersagt. Die Ausweisung von Colmarer deutschen Beamten und deutschgesinnten Elsässern ist unter Formen erfolgt, die jeder Menschlichkeit und jedem Rechtsgefühl Hohn sprechen.

Das Wolff-Bureau erfährt aus zuverlässiger Quelle: Etwa tausend junge Männer, Söhne von altdeutschen Eltern, sind aus Straßburg zur Zwangsarbeit nach Belgien übergeführt worden.

Bratianus Wiederkehr

* **Wien**, 13. Dezember. „Epoca" meldet, daß in Jassy eine neue Regierung gebildet wurde mit Averescu als Minister des Innern, Bratianu des Aeußern, Luca Kultus, Take Jonescu Finanzen, General Coanda Krieg.

Einberufung des Reichstags?

Die Revolutionsregierung sieht bekanntlich den Reichstag als nicht mehr bestehend an, während der Reichstagspräsident nach früheren Aeußerungen an dem Standpunkt festhält, daß der Reichstag nicht aufgelöst sei, mithin also auch nicht aufgehört habe zu bestehen. Wie erinnerlich, ist noch dieser Tage aus dem besetzten rheinischen Gebiet von den Oberbürgermeistern von Köln und Koblenz an den Reichstagspräsidenten Fehrenbach das Ersuchen gerichtet worden, den Reichstag einzuberufen. Präsident Fehrenbach hat nun an die Reichstagsabgeordneten das folgende Schreiben gerichtet:

„Die Frist des Waffenstillstandes läuft in den nächsten Tagen ab. Auch wenn sie verlängert werden sollte, muß der Abschluß eines Vorfriedens angestrebt werden, wenn das Vaterland vor weiterem ungeheuren Schaden bewahrt werden soll. Die Nachrichten aus dem Lager unserer Feinde lauten mit immer größerer Bestimmtheit dahin, daß sie der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß sie jedoch die geschäftsführenden Organe des Reichs, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen sowohl für die Schaffung einer legitimen Regierung, wie auch zur Beschlußfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung. Meine fortgesetzten Bemühungen, Herrn Ebert im Interesse der Reichsleitung von der Notwendigkeit der Berufung des Reichstages zu überzeugen, sind erfolglos geblieben. Die Not der Zeit verbietet weiteres Zuwarten und verpflichtet mich, auch ohne Zustimmung der Regierung von der in der Sitzung des 20. Oktober d. J. erteilten Ermächtigung zur Berufung des Reichstages Gebrauch zu machen. Ich berufe deshalb hiermit den Reichstag, behalte mir aber die Bestimmung von Ort und Zeit der Tagung noch vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereit zu halten und zu der demnächst einzuberufenden Sitzung vollzählig zu erscheinen. ges. Fehrenbach, Präsident des Reichstages."

Dieses Schreiben ist auch dem Rat der Volksbeauftragten zugegangen, der Herrn Fehrenbach folgendes geantwortet hat: „Auf Ihr gefälliges Schreiben vom heutigen Tage erlauben wir uns folgendes zu antworten: Die Behauptung, daß der Verband der jetzigen Regierung die Verhandlungsfähigkeit abspreche, daß sie jedoch Bundesrat und Reichstag als berechtigt anerkenne zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung und zur Beschlußfassung über das Wahlgesetz zur Nationalversammlung, entbehrt jeder Begründung. Sie ist nur geeignet, den Verband im Widerspruch zu der tatsächlichen Macht der gegenwärtigen Regierung in dem irrigen Glauben zu versetzen, als ob eine verhandlungsfähige Regierung nicht vorhanden wäre. Der Rat der Volksbeauftragten hat wiederholt dargelegt, daß durch die politische Umwälzung Bundesrat und Reichstag als gesetzgebende Organe zu existieren aufgehört haben. Sollten Sie trotzdem den nicht mehr bestehenden Reichstag einberufen, so werden Sie die Verantwortung für alle Folgen zu tragen haben."

Präsident Fehrenbach ist inzwischen in Berlin eingetroffen. Wie er einem Pressevertreter erklärte, beabsichtigt er nicht, zu irgendwelchen Verhandlungen mit der Regierung die Initiative zu ergreifen. Er glaubt erst abwarten zu sollen, wie die Regierung sich weiterhin verhalten wird, zumal er der Meinung ist, daß in der Frage der Einberufung des Reichstages ohnehin schon in den nächsten Tagen die Entscheidung fallen werde. Die Reichsregierung hält, wie aus ihrem Antwortschreiben unzweideutig hervorgeht, an dem Standpunkt fest, daß der Reichstag tatsächlich nicht mehr besteht, auch wenn der Reichstagspräsident formale Einwände gegen seine Einberufung geltend machen kann. Indem der Rat der Volksbeauftragten dem Reichstagspräsidenten die Verantwortung für die Folgen seiner Handlungsweise zuschiebt, droht er also mit einem offenen Konflikt, eine Aussicht, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen als alles andre denn als erfreulich bezeichnet werden kann. Es ist nicht ersichtlich, wie die Aeußerung Fehrenbachs zu verstehen ist, daß in der Frage der Einberufung des Reichstags ohnehin schon in den nächsten Tagen die Entscheidung fallen werde. Denkt Herr Fehrenbach hier an ein Eingreifen des Verbandes in die inneren Angelegenheiten des Deutschen Reiches? Die Nachrichten über die Haltung des Verbandes zu der gegenwärtigen revolutionären Regierung in Deutschland lauten durchaus widersprechend. Während die einen von Verhandlungen mit der Revolutionsregierung nichts wissen wollen, weil sie von dem Fortbestand der revolutionären Gewalten in Deutschland Rückwirkungen auf die Verhältnisse in ihren Ländern befürchten, liegen andererseits Nachrichten vor, die Entente lege nur Wert darauf, daß die gegenwärtige Regierung überhaupt verhandlungsfähig sei. Auch der Rat der Volksbeauftragten mißt den Darstellungen, die die Revolutionsregierung als nicht zu Recht bestehend bezeichnen, keine Bedeutung bei.

Prüft man die Frage, ob der Reichstag noch als die gesetzmäßige Vertretung des deutschen Volkes anzusehen sei, objektiv, so wird man Herrn Fehrenbach kaum zustimmen können. Die Revolution hat auch die bürgerlichen Parteien vor ganz neue Fragen gestellt. Nicht nur, daß die bürgerlichen Vertreter des Reichstags unter ganz anderen Voraussetzungen gewählt sind, als sie jetzt vorliegen, haben sich auch die Programme der einzelnen Parteien beträchtlich verschoben. In den Parteien selbst sind Spaltungen eingetreten, mancher Abgeordnete, der früher mehr rechts stand, ist inzwischen mehr nach links hinübergetreten, einige, die früher nach links neigten, sympathisieren jetzt mit rechts gerichteten Politikern. Hat dieser Stellungswechsel die Zustimmung der jeweiligen Wähler

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181214/1